

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis für den Monat März Mark 1800.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 1800.— zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 70 M. : Girokonto Nr. 50 bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum Mk. 120.—, auswärts Mk. 130.—, Reklamazeile 300 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Auslieferung werden jeweils 25 Mk. mehr berechnet. Schlag der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konfliktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

Nummer 76

Samstag 179

Wildbad, Dienstag, den 3. April 1923

Samstag 179

58. Jahrgang

## Blutige Ostern in Essen.

### Umschau.

Die Franzosen haben neuer dem deutschen Volk ein Oster bereitet, das nicht sogleich vergessen wird. Schon nach den Erklärungen Poincarés am Mittwoch im französischen Kammerauschuss war nichts Gutes zu erwarten. In der Nacht zum Karfreitag hat denn Poincaré in der französischen Kammer aus neue schroffe Erklärungen zur Ruhrfrage abgegeben. Die Rede bringt an sich nichts Neues, nichts, was aus den Berichten über die Brüsseler Beratungen über die Pläne der beiden Staaten nicht schon hinlänglich bekannt geworden wäre. Bemerkenswert ist lediglich die Dialektik, mit der Poincaré der Öffentlichkeit eine Veruhigungsville hinwirft, die den Unwillen über die Erfolglosigkeit überweisen und weiterhin die Hoffnung nicht vollständig erlöchen soll, daß aus Deutschland schließlich doch noch etwas herauszuholen wäre. Er macht sich die Sache insofern sehr einfach, als er dem stannenden Publikum die fingierte Lage Deutschlands als glänzend schildert; Deutschland habe keine auswärtigen Schulden und in Folge des Zusammenbruchs der Welt auch kaum noch innere Schulden. Deshalb könne und müsse Deutschland and bezahlen. Daß er mit dem ihm eigenen Jungensklug alle Annetionsabsichten Frankreichs vor der Öffentlichkeit ablenkt, ist natürlich. Das gehört zum Stil der französischen Diplomatie.

Die Behandlung, die die franz. Sozialisten dabei erfahren, ist bezeichnend. Poincaré läßt auch durchblicken, daß Deutschland die Kosten der Ruhraktion zahlen soll. Alles, was er an Forderungen festhält, ist unerfüllbar. Die Ausdehnung der Besetzung von Mannheim auf das Benzwerk und den besitzenden Bahnhof in der Redarvorstadt, sowie neue Massenarrestierungen aus Offenburg, darunter 20 Familien von Polizeibeamten, bilden nur einen Abschnitt des französischen Ostervorspiels.

An Ruhr und Rhin hat die französische Armee durch Poincarés Rede und die von der Kammer bewilligten Kredite und die Vertagung neuer Ansprache bis Mai neuen Aufschub erhalten. Zu neuem Milliardenraub von deutschen Reichsgeldern kommen Ausweisungen ohne Zahl, u. a. auch alle früheren Offiziere aus Wiesbaden, gemeinliche Niedertracht durch Schändung deutscher Mädchen und Frauen. Den Triumph erreichen die Franzosen in Essen. Dort ist hieten sie mit ihrer „friedlichen Aktion“ unter Krupparbeiten ein Blutbad an, dem 11 deutsche Arbeiter zum Opfer fielen. Dazu kommen noch 57 Verletzte. Die verhängnisvollen französischen Schüsse sind gefallen, ohne daß ein anderer Grund dafür erkennbar wäre, als daß die französische Truppe sich durch die Anwesenheit so vieler Menschen bedroht fühlte und daß die Menge die Straße nicht schnell genug freigab, nicht freigeben konnte, weil sie zu dicht gedrängt stand. Aber die Franzosen hätten sich ja selber sagen können, daß eine Requisition bei einem Riesenunternehmen wie Krupp, das so große Arbeitermassen beschäftigt, kein gemütlicher Spaziergang sein würde. Die ganze Art und Weise, wie dieser Autoraubzug ausgeführt wurde, legt den schwereren Verdacht nahe, daß man eine Provokation, wenn man sie nicht geradezu beabsichtigte, gar nicht vermeiden wollte. In welchem Geist die Franzosen verfahren, zeigt ja auch das Verbleiben der Franzosen des französischen Autos, das von der erbitterten Menge festgehalten wurde. Ist es nicht eine unerhörte Provokation, wenn diese noblen Herren, nachdem sie das Unglück angerichtet haben, noch nicht einmal ihr Auto für den Transport der Verwundeten zur Verfügung stellen wollen? Die Haltung der Kruppischen Arbeiterschaft, in der das radikale und gewalttätige Element doch sehr stark vertreten ist, war geradezu bewundernswert. Es ist nichts gemeldet worden, was irgendetwas als ein Versuch von ihrer Seite gedeutet werden könnte, sich an den Franzosen zu vergreifen, weder vor noch nach dem Zeitpunkt, in dem der Franzose die Maschinen-gewehre spielen ließ. Aufsammlungen werden sich bei den französischen Aktionen im Ruhrgebiet nie vermeiden lassen, bei einem Handstreich auf den Kruppischen Autopark am allerwenigsten. Aber wenn die Franzosen nicht in

### Kurze Tagesübersicht.

Die Franzosen haben am Osterabend in Essen unter Kruppischen Arbeitern ein furchtbares Blutbad angerichtet. Es gab 11 Tote und 57 Verletzte.

Die französische Presse behandelt die Essener Vorfälle als einen Angriff der Arbeiter auf französische Soldaten und unterstützt damit Poincarés Lügenfeldzug.

Massenarrestierungen aus dem alt- und neubesetzten Gebiet, darunter auch 20 Familien der Polizeibeamten aus Offenburg, wurden von den Franzosen über Ostern ausgesprochen.

In Höchst a. Main beschlagnahmten die Franzosen 10 Milliarden Mk. der Reichsbank.

Der Preis für das letzte Schödel der Getreidenurlage wurde auf 650 000 Mk. für die Tonne Roggen festgesetzt.

wahrscheinlicher Verkennung der Verhältnisse überall im Ruhrgebiet die Schutzpolizei entfernt und dadurch Stadt und Land sich selbst überlassen hätten, wäre die Gefahr von Zusammenstößen doch erheblich verringert.

### Schwere Zusammenstöße in Essen.

Essen, 2. April. Am Osterabend nahmen die Franzosen in Essen in größtem Maßstabe Beschlagnahmungen von Automobilen vor. Aus diesem Anlaß kam es mit den Kruppischen Arbeitern zu einem Konflikt. Die Franzosen versuchten, die große Automobilgarage der Firma Krupp an der mitten durch das Werk führenden Altdorfer Straße zu besetzen und die dort befindlichen Kraftwagen zu beschlagnahmen. Als deshalb die Fabrikfremde in Tätigkeit gesetzt wurde, strömten von allen Seiten die Arbeiter aus den Kruppischen Betrieben herbei. Die Kruppische Garage war von einer dichten Arbeitermenge umlagert, die gleich die Versuche der Franzosen verhinderte. Auch die Garagen der großen Automobilfirmen wurden von den Franzosen heimgesucht.

Essen, 2. April. Ueber die blutigen Vorgänge in Essen ist bisher festgestellt: Der Arbeitererrat der Kruppischen Werke versuchte vor der Halle die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Franzosen zum Verlassen des Werkes zu veranlassen, indem er ihnen für den Fall des Abzuges gewährleistete, sie sicher durch die Menge hindurchzubringen. Dieses Ansinnen lehnte der Führer des Kommandos mit der Begründung ab, daß er erst die Ankunft der Kommission abwarten müsse, die aber weitergefahren war, was der Offizier aber nicht wußte. Gegen 1 1/4 Uhr drangen die Franzosen plötzlich gegen die Menge vor und schossen, während die Versammelten die Straße freigaben, rechts und links mit Gewehren in die Massen hinein. Hieraus erklärt er sich, daß fast sämtliche Toten Schüsse aufweisen, die von hinten eingedrungen sind. Bis 6 Uhr abends wurden elf Personen als tot festgestellt; 32 Verwundete wurden in die Kruppischen Krankenhäuser eingeliefert, davon ringen drei ebenfalls mit dem Tode. Nach dem Vorfall passierte das Auto einer interalliierten Kommission die Straße. Die Insassen wurden von der erregten Menge aufgefordert, aussteigen und das Automobil für den Transport der Verwundeten freizugeben. Als sie dies ablehnten, bemächtigte sich die aufs äußerste erbitterte Menge mit Gewalt des Wagens. Nachmittags 4 Uhr rückte eine neue französische Abteilung in Stärke einer Kompagnie mit zwei Panzerautomobilen an und nahm den Brandinspektor Ignee in der neben der Autohalle befindlichen Feuerwache fest.

Das Blutbad, das die Franzosen unter den Kruppischen Arbeitern angerichtet haben, stellt sich als weit schlimmer heraus, als ursprünglich angenommen wurde. Man zählte bisher 11 Tote und 57 Verletzte; von letzteren

konnte ein Teil nach Anlegen von Verbänden wieder aus dem Krankenhause entlassen werden. Eine ganze Anzahl von Verletzungen sind darauf zurückzuführen, daß bei dem Auseinanderreißen der Menge beim Fallen der Schüsse viele Leute zu Boden getreten wurden. Ueber die Vorgänge selbst wird noch mitgeteilt, daß die Besatzung der Kraftwagenhalle aus zwölf Soldaten bestand, die sich anscheinend durch die Anwesenheit von Tausenden von Arbeiter bedroht fühlten. Sie schritten mit vorgehaltenem Gewehr durch die Gasse, die sich in der Menge gebildet hatte. Das Betriebsratsmitglied Jander, der vorher die Arbeiter aufgefördert hatte, den Ausgang frei zu machen, um den Franzosen den Abzug zu ermöglichen, ging den Franzosen voran und redete beschwichtigend auf die erregten Arbeiter ein. In diesem Augenblick feuerten die Franzosen in die Massen hinein. Als erstes Opfer blieb Jander tot liegen. Der päpstliche Delegat für das Ruhrgebiet, Monsignore Testa, der gegenwärtig in Essen weilt, besuchte im Elisabeth-Krankenhaus die dort untergebrachten Verwundeten. Die Insassen des französischen Automobils, das nach dem Abzug der Franzosen an der Seite der Straße vorüberfahren wollte, und von der empörten Menge der Arbeiter angehalten und umgeworfen wurde, haben bei den Mißhandlungen durch die Arbeiter nur leichtere Verletzungen davongetragen. Es handelte sich um einen französischen Ingenieur und seinen Chauffeur.

### Osterbotschaften

#### Englands, Deutschlands, Frankreichs und des Papstes

Je näher das Osterfest dieses Jahres rückt, desto mehr beileiten sich die europäischen Staaten, durch diplomatische und parlamentarische Kundgebungen zur brennenden Ruhrfrage Stellung zu nehmen. Jede Regierung liefert auf diese Weise eine Osterbotschaft. Die wichtigste, die mit der größten Spannung erwartet wird, ist die des Schatzkanzlers Baldwin, der als Vertreter des „unpäßlich“ gewordenen Ministerpräsidenten Bonar Law im Unterhause sprach. Sie lautete: „Die britische Regierung hofft immer noch, daß die Zeit kommen wird, wo durch irgend eine Anregung oder ein Friedens England einen Schritt vorwärts tun kann, um den Frieden näherzubringen.“ Das war herzlich wenig, ja angesichts des energischen Vorstoßes der liberalen Opposition eigentlich nur ein verlegenes Ausbleiben.

Lloyd George hatte sich entschlossen, nicht mehr über die Ruhrbesetzung zu sprechen. Für ihn trat Sir Edward Grey ein, der politisch zum ersten Mal auf der Konferenz von Genua als Sekretär und Pressesekretär Lloyd Georges hervorgetreten war und unter den allzu zahlreichen, nur auf ihre persönliche Wirkung bedachten Politikern damals schon durch den sachlichen Ernst und die persönliche Bewusstseinshaftigkeit seines Wirkens auffiel. Zum ersten Mal sind hier in der Jungfernsprache des neuen Abgeordneten von verbündeter Seite rücksichtslos die Rechts- und Vertragsbrüche Frankreichs an der Ruhr und in der neuen Geschäftsgebarung der Rheinlandkommission festgestellt worden.

Diese Rechtsfeststellung, die von bewährten Führern des englischen Liberalismus, von Asquith und Borthington Ewans ausdrücklich bestätigt wurde und von der Regierungsbank unüberlegt blieb, dürfte große Bedeutung für die spätere Austragung des Ruhr-Streits haben. Mehr als eine Probebotschaft des zurzeit in Opposition stehenden englischen Liberalismus war sie vorläufig leider nicht. Wurde sie doch von seiten der konservativen Regierung auch nicht in einem Punkte unterstützt. Der ausgesprochene Franzosenfreund, Unterstaatssekretär Mac Neill, behauptete im Verlauf der Verhandlungen, der deutsche Außenminister Rosenbergs habe den amerikanischen Vorschlag (Hughes) sehr wesentlich dadurch eingeschränkt, daß er vor jeder Verhandlung und Beratung die Räumung des Ruhrgebiets fordere, was von dem englischen Regierungsredner Lord Fritum oder gar eine abschließliche Umdeutung zum Vorteil Frankreichs war. Die Erklärung Rosenbergs — sie war gewissermaßen die deutsche Osterbotschaft —, die von dem gesamten auswärtigen Ausschuss des Reichstags gebilligt wurde, versicherte in bündigster Form Deutschlands Bereitschaft, jeden sachlichen Vorschlag anzunehmen, um die Entschädigungs- und Sicherheitsfrage zu lösen. Die Fortsetzung des passiven Widerstands an der Ruhr bleibt nur gegenüber den Staaten aufrecht erhalten, die diesen Widerstand durch ihren frevelhaften Heberfall hervor-

gerufen haben. Das war so klar, daß nur ein durch die französischen Lügen beeinflusstes Gemüt in der deutschen Rundgebung, wie Mac Neill sich ausdrückte, „keinen Fortschritt“ erblicken kann. Bei so wenig gutem Willen der amtlichen Kreise in London haben die „Times“ allerdings recht, wenn sie in einer Betrachtung der letzten Unterhändlergespräche schreiben, daß das Suchen nach einer Entschädigungspolitik wiederum fehlgeschlagen sei.

Was Frankreichs Osterkundgebung zur Ruhfrage anbetrifft, so war sie bereits durch Poincarés Auftreten im Kammerauschuß am vergangenen Dienstag gegeben, und sie wird auch durch die Karfreitagsverhandlung der Kammer keine Aenderung erfahren. Die französische Regierung hält an ihrer unverföhnlichen und siegesgewissen Haltung fest, wahrscheinlich mit dem Hintergedanken, daß jede Lösung unter Mitwirkung anderer Staaten den Vorwand beseitigen würde, der es jetzt noch ermöglicht, die französischen Küstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit Hochdruck zu betreiben. Der französische Militarismus ist zum Selbstzweck geworden und wehrt sich gegen die Gefahr, daß ein wirklicher Frieden seinem schrankenlosen Walten ein Ende bereite.

Die Frage der Friedenssicherheit, die man bisher auf das Ruhegebiet beschränkt hat, ist in Wahrheit für ganz Europa, ja wiederum für die ganze Welt brennend geworden. Es ist durchaus begreiflich und liegt förmlich in der Luft, daß Papst Pius XI. wie man hört, sich entschlossen hat, gelegentlich des Osterfestes einen Hirtenbrief zu veröffentlichen, der sich mit dem Gedanken der Befriedung der Welt beschäftigt. Diese Befriedung sei nur möglich — soviel will man schon aus dem Inhalt der päpstlichen Kundgebung wissen — durch einen deutsch-französischen Friedensvertrag unter Bürgerschaft aller Völker. Eine solche Osterbotschaft des Papstes will wohl selber nicht als diplomatisches Instrument im Streit der Regierungen angesehen werden, aber sie dient als ideales Mittel der Aufweckung der Geister. Die Aufweckung des Geistes hat aber in der Geschichte schon manches Mal größere Wirkung geübt, als Ministerreden und Parlamentsdebatten. —er.

## Die Moskauer Todesurteile

### Bolschewismus und Kirche

Ein Kenner des heutigen Russlands schreibt uns: Zu den vielen politischen Aufregungen der diesjährigen Osterzeit gestellt sich auch die drohende Hinrichtung hoher kirchlicher Würdenträger in Moskau. Am Gründonnerstag sollte der Erzbischof von Petersburg, Jepsilak, und der Prälat Butkowskij von den Helfern der Sowjetregierung vom Leben zum Tode gebracht werden. Wegen, so kann man es wohl am klarsten ausdrücken, Widerstands gegen die Staatsgewalt. Genau genommen lautete die Anklage gegen die beiden Verurteilten und gegen eine Reihe von Geistlichen, die mit Gefängnisstrafen davorkamen, auf „Ausnutzung religiöser Vorurteile zum Zweck der Aufreizung der Bevölkerung gegen die Sowjetmacht“. Darin wurde eine gegenrevolutionäre Handlung gesehen, auf der nach den Sowjetgesetzen in erster Linie Todesstrafe steht. Die Verteidiger erklärten die Handlungen der Angeklagten nur als Widergesetzlichkeit gegen einzelne Verordnungen und keineswegs als gegenrevolutionäre Handlungen, denn die Priester handelten nicht in der Absicht, den Sturz der Sowjetmacht herbeizuführen. Das war zweifellos richtig. Aber den bolschewistischen Machthabern kam es darauf an, in ihrem Kampf um die Kirchenschätze durch Schrecken zu wirken und, wie schon einmal durch die Urteile gegen die Sozialrevolutionäre (August 1922), ein einschüchterndes Beispiel aufzustellen. Venus und Trotskij Kampf mit der ehemaligen russischen Staatskirche war nicht ungefährlich für die Befestigung der kommunistischen Herrschaft bei den breiten Massen. Vier Jahre lang nach der Revolution hatte die orthodoxe Kirche ein zurückgezogenes, aber nicht untätiges Leben geführt. Die religiösen Empfindungen des durch Hunger und Not erschütterten russischen Menschen vertieften sich. Die Gemeinden nahmen wieder regeren Anteil als früher an den Dingen der Kirche. Viele Ungläubige wurden zu Gläubigen, viele gemäßigten Ketzler zu Fanatikern.

Aber die Sowjetherren standen vor dem Finanztrach. Die Staatskassen waren leer und mußten auf irgend eine Weise gefüllt werden. Man unternahm zunächst einen vorbereitenden Feldzug in der Presse und in Kirchenkreisen. Die hohe Geistlichkeit, die von vornherein einen gewissen Widerwillen gegen die rote Herrschaft gezeigt hatte, sollte für eine freiwillige Stützung des neuen Staats aus ihren durch Jahrhunderte aufgehäuften Goldmitteln gewonnen werden. Der alltägliche Versuch schlug fehl, und so entschlossen sich die Bolsch-

kommissare zur Anwendung des „kriegerischen Kommunismus“. Im März vorigen Jahres begannen die ersten Besuche der zu diesem Zweck besonders ernannten Regierungsbeauftragten in den Kirchen und zugleich auch die ersten Zusammenkünfte mit den Gläubigen. Die Kirche nahm zur Frage der Enteignung offen eine ablehnende Haltung ein und erklärte die Beschlagnahmen als Raub und Schändung der Heiligtümer. Schon im vorjährigen Prozeß gegen Priester und Bienen, die der Fortnahme von Kirchenschätzen Widerstand geleistet hatten, wurde der griechische Patriarch Tichon als Zeuge vor das Revolutionstribunal geschleppt. Wir übersehen aus dem Bericht der „Iswestija“ eine Szene, die der französischen Revolution 1789 entnommen sein könnte: Der „Bürger Waffilij Iwanowitsch Belawin, genannt Patriarch Tichon“ wird aufgerufen. Drei Viertel des Saales erhebt sich beim Anblick der ehrwürdigen Erscheinung. Der Vorsitzende fragt: „Ben registrieren Sie eigentlich? — Die Gläubigen ganz Russlands. — Haben Sie die Herrschaft auch über die Kirchen? — Ja, natürlich auch über die Kirchen. — Auch über das Vermögen der Kirchen? — Wenn über die Kirchen, dann selbstverständlich auch über das Vermögen der Kirchen! — Ist Ihnen aber nicht bekannt, Bürger Belawin, daß das sogenannte Kirchenvermögen Eigentum des Staats ist? — Ja, das ist mir bekannt. — So gebieten Sie also über ein Eigentum, das Ihnen nicht gehört? — Das will nichts bedeuten. Auch der römische Papst ist der Herrscher über einen nicht bestehenden Staat. Ein Vermögen kann weggenommen sein. — Wer hat Ihnen denn Ihr Eigentum weggenommen? — Nicht mir, sondern der Kirche, Gott. — Wer hat es denn getan? — Sie wissen es selbst: Die Sowjetregierung. . .“

Man sieht, hier bestehen unversöhnliche Gegensätze. Die russische Kirche, die einst ihre Hauptkraft in der Vereinnahmung mit der Gewalt des Staats suchte, wurde durch den Sturz des Zarentums ihres Hauptes beraubt und trotz der wieder stark erwachten Religiosität in ihren politischen Grundlagen aufgestosst. Der Bolschewismus hat die Trennung aller Kirchen und Religionsgemeinschaften vom Staat ausgerufen, und die alte Staatskirche bei ihrer finanziellen Verantwortung und sucht den beargwöhnlichen Widerstand der Priesterschaft durch blutige Gewalt zu brechen. Er kommt aber dabei nicht nur mit uralten Waffen der russischen Gläubigen, sondern mit dem menschlichen Gefühl ganz Europas in Konflikt, wie die Proteste in den verschiedensten Ländern beweisen. Die Anerkennung der Sowjets als zivilisierte Regierung wird wohl für alle Zeiten ausbleiben.

### Der Mißerfolg der Goldanleihe

Zur Stützung ihrer Politik hatte die Reichsregierung von den Devisenbesitzern 200 Millionen Mark Gold gefordert, gegen 3 v. H. Zinsen. Für einen Höchstbetrag von 100 Millionen hatten die Banken Bürgschaft geleistet, so daß an Zeichnungen des Privatkapitals mindestens 100 Millionen erwartet worden sind. In Wirklichkeit sind, laut Mitteilung des Finanzministeriums, 50 Millionen gezeichnet worden, die, nach den Bedingungen der übernommenen Bürgschaft, von den Banken auf 100 Millionen aufzufüllen sind. Das ist offenbar ein Mißerfolg. Weshalb die Devisenbesitzer mit der Politik der Regierung unzufrieden sind, das zeigt das Stimmungsbildometer der Börse: Neigung zur Dollarhauffe war schon seit einigen Tagen zu bemerken; mit Bekanntwerden des Mißerfolgs der Goldanleihe, die der Markbefestigung dienen sollte, schlug der Zeiger fröhlich nach oben aus! Die Jobberei witterte Morgenluft und richtete sich darauf ein, die Markbefestigung zu überrennen. Doch da griff die Reichsbank ein. Das Finanzministerium hat zu dem Ergebnis der Anleihe, das es als den Umständen nach befriedigend bezeichnet, weiter erklärt:

„Ein sehr erheblicher Betrag (in Papiermark ausgedrückt einschließlich der Bankgarantie 500 Milliarden) geht aus der Privatwirtschaft auf die Reichsbank über und kommt dem Stützungsfonds für die Mark zugute. In Verbindung mit den übrigen Maßnahmen der Reichsbank, insbesondere mit der inzwischen erfolgten Uebertragung erheblicher unbelasteter Goldbestände nach dem Ausland, wird die Stützung der Mark auf eine bedeutend breitere Grundlage als bisher gestellt, und Reichsregierung und Reichsbank werden in der Lage sein, das Unternehmen kraftvoll fortzusetzen.“

Wie weit die Regierung diese Ankündigung wahr macht und wahr machen kann, darauf kommt jetzt alles an. Die Festigung der Mark hatte eben erst sehr schwüchert begonnen, sich „auszuwirken“. Eine neue Erschütterung mit dem üblichen Kreislauf von Preistreibern, Lohnerhöhung und neuem Marksturz müßte verhängnisvoll werden. Und auch ohnedies soll man die Nachwirkungen, die der Mißerfolg der Anleihe haben wird, nur nicht leicht nehmen!

Von den wirtschaftlichen und finanziellen Nachwirkungen mag hier abgesehen werden. Hier kommt es zunächst auf die politischen Nachwirkungen an, die sich einstellen werden ohne Rücksicht darauf, was für Beweggründe die Devisenbesitzer für ihre Zurückhaltung gehabt haben. Es braucht ja wohl nur darauf verwiesen zu werden, mit welchem Eifer Poincaré in Deutschland Helfershelfer sucht, die Regierung Cuno, die sich ihm nicht unterwerfen will, zu stürzen, um die ganze Schwere des politischen Fehlers darzutun, diese Regierung in einer so wichtigen Sache im Stich zu lassen. Welche Folgen das haben kann, liegt auf der Hand.

## Vorbereitungen

### Besprechungen

Paris, 2. April. Der belgische Außenminister Jaspar ist von seiner Unterredung mit Mussolini von Mailand nach Paris zurückgekehrt und hatte eine Besprechung mit Poincaré, dem er wichtige Mitteilungen überbracht haben soll. Demnächst wird voraussichtlich eine Zusammenkunft Poincarés mit Mussolini und dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis stattfinden, in der Richtlinien für die Ruhrangelegenheit festgelegt werden sollen.

London, 2. April. Der deutsche Botschafter Sthamer stattete dem britischen Ministerpräsidenten einen längeren Besuch ab. Wie „Evening News“ wissen will, haben Bonar Law dem Botschafter erklärt, Deutschland müsse etwaige Vorschläge in Paris anbringen.

### Französische Heldentaten

Ludwigshafen, 2. April. Bei Germersheim wurden zwei Radfahrerinnen von französischen Soldaten auf der Landstraße überfallen und eines davon vergewaltigt.

Das gleiche Schicksal widerfuhr einem 15jährigen Mädchen in Essen.

Wiesbaden, 2. April. Der D-Bus aus Paris geriet wohl infolge falscher Weichenstellung auf ein totes Gleis und die Maschine stürzte in einen 6 Meter tiefen Grund. Lokomotivführer und Heizer wurden tödlich verletzt, Reisende — meist französische Soldaten — erlitten keinen Schaden.

Am 27. März entgleiste im Güterbahnhof Ludwigshafen ein Vertriebszug mit acht Wagen und im Güterbahnhof Kaiserlautern ein leerer Personenzug. Der Sachschaden ist sehr bedeutend. Beim Zusammenstoß eines Güter- und eines Personenzugs in Reustadt a. S. wurden zwei Personen schwer, eine leicht verletzt.

Köln, 2. April. Ueber Godesberg bei Bonn wurde aus unbekanntem Grund der Besetzungszustand verhängt und der Straßenverkehr von 8.30 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten.

Köln, 2. April. Eine starke französische Abteilung besetzte die Zechen „Mathias Stinnes I und II“ in Karnap. Die Verwaltung verweigerte die Kohlenlieferung, worauf die Franzosen laut WTB die Zechen wieder geräumt haben sollen.

Düsseldorf, 2. April. Die Verwaltungsgebäude und das Schweißwerk der Mannesmann-Werke sind von den Franzosen größtenteils beschlagnahmt worden.

### Die Benzwerke in Mannheim besetzt — Fabriksplionage

Mannheim, 2. April. Am Samstag früh 5 Uhr überschritten drei Kompanien französische Infanterie die Rheinbrücke und marschierten über die Neckarbrücke zu den Benzwerken, die besetzt wurden. Die Arbeiten in den Fabriken werden überwacht. Ferner wurde der Hessische Bahnhof besetzt. Das evangelische Waisenhaus wurde von französischen Offizieren besetzt.

Die Humboldt-Schule wurde mit 200, das evangelische Waisenhaus mit 60 Marokkanern belegt. Die Wagen auf dem Hessischen Bahnhof werden entleert; die Franzosen haben es offenbar auch auf die Maschinen abgesehen.

Nach der Mitteilung der Benzwerke sollen die Franzosen vermuten, daß bei Benz Dieselmotoren für eine besonders schreckliche Art von Tauchbooten hergestellt werden, und deshalb soll der Betrieb unter Ueberwachung gestellt werden. Die Leitung machte die Eindringlinge darauf aufmerksam, daß derartige Maschinen nicht mehr gebaut werden, was den Ueberwachungskommissionen doch genau bekannt sei. Darum kümmerten sich die Franzosen nicht. Sie „beschäftigten“ große Schiffsmaschinen, die von der Fabrik für Handelschiffe soeben fertiggestellt worden waren, und ordneten eine besonders scharfe „Bewachung“ dieses Betriebszweigs an und die Ar-

## Blaubart.

18) Roman von Marianne Rewis.

Kemmermann ließ sich nun nicht mehr das Wort verschlagen: „Sag, Lina, was ist denn das für ein Freund von Thea? Alt? Jung? Verheiratet oder ledig? — Wie die jungen Mädchen heutzutage sind! Frau: sollten ihr Verlobter nur einen Freund haben. Ich wollte Fled und Fled heimleuchten, wenn sie mir mit „Freunden“ kämen, möchte ihnen aber auch belehrende Vorbilder fernhalten.“

„Sie macht ja gar kein Geheimnis aus der Sache. Also ist sie harmlos. Eben ein Studienfreund. Gemeinsame Interessen. Besetze dich nur hinein: du bist mit Rosenzuckern, ob Mann, ob Weib, sofort ein Herz und eine Seele, wenn nur der Kollpunkt berührt wird! — Denk doch an die Doktorin Liebzig. Glibische Witwe. Wenn ich mir da auch gleich Raupen in den Kopf setzen wollte! — Fällt mir nicht ein! Es sind die Rosen. Basta. Ähnlich sieht es in Theas Halle.“

Kemmermann schmunzelte, stand auf und gab ihr einen Kuß. Wenn er eine Eigenschaft an seiner Frau noch besonders schätzte, so war es ihre wohlwollende Gesinnung anderen Frauen gegenüber. Sie machte aus dem Splitter nie einen Balken und zog auch den ersten mit linder Hand aus, wenn es ihr möglich war.

„Mir geht's gut!“ pflegte sie zu sagen. „Soll ich Mit-schwester das Dasein erleiden helfen?“

Der Rat wußte, daß diese Handlungsweise beim weiblichen Geschlecht nicht allzu häufig zu treffen ist. Eine kleine Demütigung gönnt fast jede der andern. „Futterneid, der noch aus den Zeiten der Vielweiberei stammt!“ behauptete Kemmermann.

Ehe er ging, sagte er noch: „Wenn auch du dir keine Raupen in den Kopf setzt — dein Sohn scheint ein Nest

in seinem weissen Haupte zu hegen. Ich wunderte mich über Theas Freund. Er aber schien über dessen Auftauchen arg verschmupft zu sein und zog eine saure Miene. Selbst die Kirche war seiner „englischen Frömmigkeit“ verleidet.“

„Laß ihn. Ihn werde ich nicht aufklären. Was soll ihm Thea? Er braucht eine Landwirtin.“

„Famoses Mädel ist sie! Könnte jede Rasse veredeln. Wenn du sie erst rosig geflütert hast und das Augenzwinkern sich verliert, wird sie noch beträchtlich gewinnen.“

„Sollte mich aufrichtig freuen. Glaube jedoch nicht, daß sie je an Philipp Gefallen finden könnte!“

„Oho! Der Kemmermannsche Erbsohn —“

„Ist auch mein Sohn. Aber daß jedes kluge, unabhängige Mädchen sich unbedingt in ihn verlieben müßte, nimmt selbst meine mütterliche Verblendung nicht an. Vorläufig ist er steif, hölzern und schweigend wie ein Stod. Es wird sich mit der Erlangung größerer geistiger Freiheit geben. Und wenn er sich wirklich verliebt, Thea ist, wenn auch der Zeit nach, ein Jahr jünger, bei ihrer geistigen Reife bei weitem zu alt für ihn!“

„Um auf etwas anderes zu kommen: Ob wohl Fräulein Gerbart in Rodewald bleibt? Bei Donata, meine ich. Die junge Dame sagte mir sehr zu. Sieht sich taktvoll zurück und sieht, besonders im Trauerkleide, reizend aus.“

Der Rat hob, schon im Abgehen, entsetzt die Hände. „Weiß meines Herzens! Ich fürchte, du beginnst schon an Attmatts fernere Verforgung zu denken!“

„Schäm' dich, Philo —“

Aber er war bereits außer Hörweite.

### Siebentes Kapitel.

Trotz ihrer gleichmütigen Worte sah Lina dem Erscheinen von Theas „Freund“ kaum mit geringerer Spannung

entgegen als ihre Töchter, die kein Fehl aus ihrer Neugierde machten, und Rhippis, welcher im Gegenteil höchste und deshalb recht verdächtige Anteilhaftigkeit heuchelte.

„Benachrichtige uns beizeiten, Liebe, damit der Wagen am Bahnhof ist“, bat Frau Kemmermann die Nichte.

„Du fährst wohl mit?“

„Ebert kommt vielleicht zu Fuß.“

„Aber sein Gepäck?“

Thea lächelte. —

Eines Spätnachmittags ging sie mit Fled in ein benachbartes Dorf, ein winziges polnisch-masurisches Nestchen, nach einem ausschlagkranken Kinde zu sehen, einem elenden, verkümmerten Würmchen, das bisher von irgend einer alten Hege mit „Sympathie“ behandelt worden war.

Zu Theas grenzenlosem Staunen fanden sie in der Ecke, die gerade anwesend war, Frau Lobjek. . . Fled schien sich weniger zu wundern. Die Alte war überfreundlich. „Mein traufstes Freileinden“, sagte sie zu Thea, „ich hab' so'n großes Verbarmen mit aller armen kranken Kreatur. Da jeh' ich immer ein Kornchen Häfen. Nutzt äs nichts, so schadt's auch nicht!“

Thea nahm schweigend das unsaubere Säckchen mit irgendwelchem geheimnisvollen Inhalt, das auf der Brust des Kindes lag, zwischen spitze Finger und schleuderte es in das Feuer, das im Flur auf offenem Herde unter dem ruhigen Grapen flackerte.

Die Alte warf Thea verstohlen einen giftigen Blick zu, lachte aber gleich auf und rief vergnügt-harmlos: „Na, Freileinden Doktor wird häßler wissen, als ich dummes Weib, ich dummes! — Abjehchen auch!“ — Damit ging sie. Thea glaubte zu bemerken, daß ihr die Mutter des kranken Würmchens im Flur beschwichtigend eine Münze in die Hand drückte. —

(Fortsetzung folgt.)

beiter wurden aus dem Werk hinausgedrängt. Die Verkleinerung benachrichtigte den Betriebsrat. Um 8 Uhr verließen die Arbeiter die Fabrik.

Die Franzosen beschlagnahmten einen größeren Raum im Rotorenbau, worauf auch diese Abteilung von den Arbeitern verlassen wurde. Am Montag oder Dienstag soll eine besondere „Untersuchungskommission“ zur „Visitation“ der Benzwerke eintreffen. Die Leitung hat bei der badischen Regierung gegen die gewaltsame Stilllegung Widerspruch erhoben.

### Handelsverbot gegenüber Frankreich und Belgien?

Berlin, 2. April. Maßgebende Interessenvertretungen von Handel und Industrie des besetzten Gebiets haben, wie die „Textilmwelt“ erfährt, an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, den Abwehrkampf der geschlossenen Wirtschaftsfrent im Westen durch Erlass eines allgemeinen Handelsverbotes gegenüber Frankreich und Belgien zu unterstützen. Die Entscheidung darüber, wie weit und in welcher Form diesem Ersuchen der rheinisch-westfälischen Industrie- und Handelskreise stattgegeben werden soll, wird bereits in den nächsten Tagen fallen.

Berlin, 31. März. Bei dem Versuch kommunistischer Sturmtruppen, die etwa 200 Mann stark waren, eine sozialdemokratische Versammlung zu sprengen, kam es zu schweren Ausschreitungen. Als Schutzpolizei herbeigerufen wurde, griffen die Kommunisten die Polizei mit Knütteln und Messern an. Verschiedene Hauptbeteiligte wurden festgenommen.

### Verfolgung der deutschen Presse

Koblenz, 2. April. Die Rheinlandkommission hat eine Verfügung erlassen, nach der sie alle Zeitschriften und Zeitungen, die die amtlichen Bekanntmachungen der Kommission zu veröffentlichen sich weigern, zeitweise oder dauernd verbieten kann. Daneben besteht die Bestrafung der Herausgeber und Schriftsteller fort.

### Verweigerung der Kohlensteuer

Essen, 2. April. Die Großindustriellen des Ruhrgebiets haben beschlossen, die Auslösung der Kohlensteuer an Franzosen und Belgier, die General Degoutte unter schwerer Strafandrohung neuerdings wieder verlangt hatte, zu verweigern und alle Folgen auf sich zu nehmen.

### Die Hoffnung auf Kohlen

Paris, 2. April. Der Vorsitzende der Ingenieurkommission, Guillaume, soll nach der „Journée Industrielle“ erklärt haben, Frankreich dürfe in nächster Woche auf die Lieferung von 4000 Tonnen Schmelzkohle täglich hoffen, die Menge werde im Lauf des April auf 7000 Tonnen steigen. Zurzeit seien 30 000 französische Eisenbahnen im Ruhrgebiet. Die Zahl der angeworbenen Arbeiter soll verdoppelt werden.

### Poincarés alte Feier

Paris, 2. April. In der Nachtstunde der Kammer sagte Abg. Lebass (Soz.), das Ruhrunternehmen trage den Keim zu einem neuen Krieg in sich. Man solle doch offen zugeben, daß das Ziel der Marsch nach Berlin sei. Die Rechte in Frankreich gleiche den Bolschewisten, die auch glaubten, alles mit Gewalt machen zu können. Oesterreich müsse man, nachdem man es zerstört habe, zu Hilfe kommen, für Deutschland würde man das gleiche tun müssen. (Heftiger Widerspruch rechts und in der Mitte). Abg. Herrlot legte Poincaré die Frage vor: Alle Welt behauptet, daß Frankreich nicht auf Entschädigungen, sondern auf Eroberungen ausgehe. Ist die Regierung bereit, zu erklären, daß Frankreich jeden ersten Vorschlag mit Gerechtigkeit prüfen wird, den Deutschland an Frankreich oder an die Gesamtheit der Verbündeten machen wird?

Sofort erhob sich Poincaré und erklärte: Eine Antwort ist überflüssig. Ich erkläre ausdrücklich, daß von Frankreich keinerlei Verhandlungen begonnen werden. Wenn Deutschland zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die Verlängerung des Widerstands nur ihm selbst schadet, und dann unmittelbar an Frankreich oder an die Gesamtheit der Verbündeten mit genauen und ernsthaften Vorschlägen herantritt, werden wir sie „im Geiste der Gerechtigkeit und Loyalität“ prüfen. Es wäre verabscheuungswürdig, wenn Frankreich mit Eroberungsgedanken ins Ruhrgebiet gegangen wäre. (!) Wir wollen dort nur wirtschaftliche Ziele verfolgen, aber wir werden uns nicht mehr durch neue Mandover täuschen lassen und werden deshalb die „Pfländer“ nur gegen greifbare Leistungen aufgeben.

## Neue Nachrichten

### Was kostet der Reichstag?

Berlin, 2. April. Der Reichstag hat für das neue Rechnungsjahr 1923/24 seinen eigenen Haushaltsplan aufgestellt, der an Ausgaben 2 350 000 000 Mk. (bei 6 Millionen Mark Einnahmen) fordert. Infolge der seit der Aufstellung eingetretenen Geldentwertung werden sich die Kosten aber auf rund 4 1/2 Milliarden erhöhen. — Darnach erfordert die Verwaltung allein rund eine Milliarde Mark (Gehälter und sachliche Ausgaben 750 Millionen Mark, Druckkostenherstellung 200 Millionen Mark), dazu treten noch 25 Millionen Mark als Zuschuß für den Wirtschaftsbetrieb, 20 Millionen Mark für Gebäudeunterhaltung, 20 Millionen Mark Post- und Fernspreckgebühren, 320 Millionen Mark Reisekosten der Abgeordneten, eine Milliarde Mark Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten. Für bauliche Veränderungen und Ausschmückungsarbeiten sind 27 Millionen Mark vorgesehen. Die Abgeordneten-Freifahrtkarte stellt allein einen Wert von 576 000 Mark für den Abgeordneten dar.

### Proletarischer Selbstschutz in Thüringen

Weimar, 2. April. Der thüringische Ministerpräsident Fröhlich gab im Landtag die Erklärung ab, die thüringische Regierung habe gegen die Bildung „proletarischer Selbstschutzverbände“ nichts einzuwenden, wenn auch eine Einigung mit dem Reichsminister des Innern in dieser Frage nicht erzielt worden sei.

### Die Sozialistenkonferenz

Paris, 31. Mai. Die Konferenz von Sozialisten der verbündeten Länder stellte fest, daß sie mit der deutschen Sozialdemokratie einverstanden sei. Einige Entschlüsse wurden gefaßt, die den verschiedenen Fraktionen zugehen werden. Die Fraktionen werden dann zu beraten haben, was sie bezüglich des Ruhrunternehmens und der Entschädigungsfrage beginnen wollen. — Ergebnis also: Null.

### Neue Friedenskonferenz in Lausanne

Paris, 2. April. Poincaré hat die von den Sachverständigen

in London entworfene Antwort an die Türkei angenommen. Die von der Türkei geforderte Zurückstellung der Wirtschaftsbestimmungen wird abgelehnt und die Türkei aufgefordert, zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen Vertreter nach Lausanne zu schicken.

## Württemberg

Stuttgart, 2. April. Reichsernährungsminister Dr. Luther wird, wie wir hören, am nächsten Donnerstag in Stuttgart zum Besuch des Staatspräsidenten und des Ernährungsministers Reil eintreffen.

Kirchheim u. T., 31. März. Errichtung einer Haushaltungsschule. Dem Wunsch der Kirchheimer Bevölkerung nach Errichtung einer Haushaltungsschule wird das staatliche hauswirtschaftliche Seminar durch Angliederung einer Erwachsenen-Übungsschule Rechnung tragen.

Mergentheim, 2. April. Eisenbahnunglück. Bei der Station Barberg-Böchingen ist am Mittwoch der abends 8.17 Uhr in Stuttgart abgehende Berliner Schnellzug auf einen Güterzug aufgefahren. Leider ist ein Menschenleben zu beklagen: der Schlussbremser des Güterzugs wurde getötet. Auch der Sachschaden dürfte nicht unbedeutend sein. Die Straße war lt. Laubertig, durch zwei aus den Schienen geworfene Lokomotiven gesperrt. Passagiere und weiteres Zugpersonal scheinen nicht zu Schaden gekommen zu sein.

Tübingen, 2. April. Ehrendoktoren. Die medizinische Fakultät hat zwei Deutschamerikaner, unermüdeten Helfern der alten deutschen Heimat, die in der Stille unendlich viel Gutes getan und an der Spitze fast aller deutsch-amerikanischen Liebeswerke seit Kriegsbeginn gestanden haben, eine besondere Ehrung zuteil werden lassen: Henry Heide und August Hecker sind zu medizinischen Ehrendoktoren ernannt worden. Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeldt, wird die Diplome persönlich übergeben.

Kottweil, 2. April. Bahnunfall. Der neue Eilzug, der den Verkehr zwischen Karlsruhe, Billingen, Freiburg und Basel vermittelt, erlitt bei Eutingen einen Unfall dadurch, daß die Lokomotive eines Güterzugs auf den dort haltenden Eilzug aufstieß. Die hinteren Wagen wurden schwer beschädigt. Eine Frau erlitt erhebliche Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Ueberlingen, 31. März. Vermißt. Der Arbeiter Joseph Schuster und der Vorarbeiter Hohnhaus waren neulich von hier in einem Paddelboot nach Sipplingen gefahren und hatten von dort gegen Abend die Heimfahrt angetreten. Bis zur Stunde sind die beiden Männer in Ueberlingen nicht eingetroffen, und da die angestellten Ermittlungen bisher zu keinem Ergebnis führten und auch über den Verbleib des Bootes nichts festgestellt werden konnte, muß angenommen werden, daß die beiden ein Opfer des Sees geworden sind. Die beiden im 30. Lebensjahr stehenden Männer sind verheiratet und Vater je zweier Kinder.

Stuttgart, 2. April. In den Ruhestand ist Ministerialrat Dr. Buhl beim Ministerium des Kirchen- und Schulwesens getreten. Oberregierungsrat Bauer wurde zum Ministerialrat, Regierungsrat Schanz zum Oberregierungsrat ernannt.

Ualen, 31. März. Vom Blitz erschlagen. Das erste Frühlingsgewitter hat in Sulzdorf bereits ein Opfer gefordert. Der 52 Jahre alte Landwirt Wörner wurde auf dem Feld vom Blitz getroffen und als Leiche nach Hause gebracht.

## Baden

Karlsruhe, 31. März. Die letzte Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer beschloß sich ausführlich mit dem Verluks- und Lehrgut Raftatt. Die hierbei zur Sprache gebrachten Mißstände bezogen sich nicht, wie von uns berichtet worden ist, auf die Saatgutanstalt der Landwirtschaftskammer in Raftatt, sondern auf das Verluks- und Lehrgut Raftatt.

Schwehingen. Im Haushaltsausschuß des Landtags erklärte der Finanzminister auf eine Anfrage wegen des Umbaus der Marstallkaserne in Schwehingen, für welche die Summe von 6,1 Millionen Mark im Nachtrag eingelegt ist, einen weiteren Ausbau in Schwehingen könne er nicht in Aussicht stellen.

Ettlingen, 2. April. Der 67 Jahre alte Privatmann Ferdinand Mayer aus Marzell wurde vor dem hiesigen Miet-einigungsamt, vor dem er wegen einer Differenz mit dem Hausbesitzer erschienen war, vom Schlag getroffen. Er war sofort tot.

Freilicht, 2. April. Im Gewand Rbiezenberg wurden von rachslosen Buben sämtliche Obstbäume abgehauen.

Bom Hohentwiel, 2. April. Stoffdiebstähle. Einem Diebesnest ist die Gendarmen in Singen auf die Spur gekommen. Das wertvolle Diebesgut, Stoffe im Werte von Millionen u. a. aus Entwendungen bei einer Singener Speiditionsfirma stammend, war so gut verkauft, daß es zunächst nicht gefunden wurde. Ein Beobachtungsdienst stellte fest, daß man das Diebesgut auf dem Hohentwiel zu verstecken suchte. Dieb und Hehler sind verhaftet.

Niederwiel, Amts Waldshut, 2. April. Einige bezehnte junge Burschen entfernten gewaltam auf dem Friedhof mehrere Grabsteine und Wärmorkerze. Die Betreffenden sind ermittelt und sehen einer schweren Bestrafung ihres frevelhaften Uebermuts entgegen.

Konstanz, 29. März. Am Mittwoch waren 800 Jahre vergangen seit der Heiligspredung des Heiligen Konrad von Konstanz, des Patrons der Erzdiözese Freiburg.

Bom großen Grenzverkehr. Der Höchstbetrag, der im großen Grenzverkehr genehmigungsfrei von Reisenden von Deutschland nach dem Ausland mitgenommen werden darf, ist am 17. März auf 600 000 M festgesetzt worden. Der monatliche Höchstbetrag, der im kleinen Grenzverkehr ausfuhrfrei mitgenommen werden darf, beträgt dagegen immer noch 20 000 M.

Studenten als Waldarbeiter. Die badische Forstverwaltung hat für Zurichtung der Walderzeugnisse im Nachtrags-etat die Summe von 2,22 Millionen Mark eingelegt. Dazu will man in den großen Ferien auch Studenten beschäftigen. Sie werden im Waldgebiet befristet und beherbergt und erhalten Lohn.

### Der Fall „Müller“

Stuttgart, 31. März. Der Landtag hat, bevor er in die Osterferien ging, noch erregte Sitzungen gehabt. Der Abg. Karl Müller (Kommunist) war, wie berichtet, wegen eines von ihm verfaßten Artikels in dem Augsburger Kommunistenblatt „Bayerische Rote Fahne“ von der Augsburger Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Der Artikel enthielt scharfe An-

griffe auf die Regierung Cuno und die Aufforderung, die Regierung durch eine proletarische Revolution zu stürzen. Von den kommunistischen Mitgliedern des Landtags war nun der Antrag eingebracht worden, der Landtag wolle die Einstellung des Strafverfahrens fordern; ein sozialdemokratischer Antrag verlangte, daß die Haft für die Dauer der Sitzungsperiode des Landtags aufgehoben werde. Im Geschäftsordnungsausschuß waren die Anträge mit sieben bürgerlichen gegen zwei sozialdemokratische Stimmen abgelehnt worden mit der Begründung, daß in der ernsten Zeit, wo die Franzosen auf Unruhen in Deutschland bauen und sich, wie der Butschverfuch in München gezeigt habe, alle Mühe geben solche Unruhen herbeizurufen, um die Einheitsfront zu brechen, Artikel wie der des Abg. Müller anders beurteilt werden müßten als in ruhigen Zeiten. In der Landtagssitzung trat nun Abg. v. Blume (Dem.) für die Freilassung des Abg. Müller ein. Die Mitglieder der Regierung waren abwesend, die Minister Graf und Holz waren erkrankt. Ein Teil der Bürgerpartei und des Bauernbunds verließ den Saal, und so mußte, als man zur Abstimmung schritt, die Beschlussfähigkeit des Hauses festgestellt werden. Vizepräsident Pflüger (Soz.) beramte darauf eine neue Sitzung auf den nächsten Tag (Mittwoch) an. Der Antrag der Rechten, die Sitzung als nicht geschäftsfähig einberufen zu erklären, wurde abgelehnt, worauf die gesamte Rechte abermals den Saal verließ. Der Landtag nahm dann mit 52 Stimmen (51, d. h. zwei Drittel sind zur Beschlussfähigkeit erforderlich) den Antrag an, der die Freilassung des Abg. Müller verlangte. Auch in dieser zweiten Verhandlung war die Regierung nicht anwesend.

### 200 Jahre Konfirmation

ep.— Vor 200 Jahren, am Sonntag nach Ostern, den 4. April 1723, ist zum erstenmal im damaligen Herzogtum Württemberg landauf landab Konfirmation gefeiert worden. Die in der katholischen Kirche übliche Firmung der Kinder durch den Bischof war bei der Reformation beseitigt worden, aber man empfand doch mehr und mehr das Bedürfnis nach einem feierlichen öffentlichen Abschluß der kirchlichen Jugendunterweisung vor der Zulassung zur Abendmahlsgemeinschaft. So wurde nach dem Vorgang der böhmischen Brüder in Straßburg schon durch den Reformator Buzer, ferner in Pommern, Kurbrandenburg, Hessen, Genf und anderwärts ein Konfirmationsakt als Bekenntnis des Glaubens und Bestätigung zur Gemeinde mit fürbittender Handauflegung eingeführt. Die im 17. Jahrhundert auch infolge des 30jährigen Kriegs in Verfall geratene Sitte wurde durch den „Vater des Pietismus“, Jakob Spener, einen werten Deutschen aus dem Elsaß, in Frankfurt a. M. wieder neu belebt, vom Pietismus als Erneuerung des Taufgelübdes mit erwecklicher Bedeutung verbreitet und fand in allen deutschen Landestirchen als fester Bestandteil der kirchlichen Ordnung Aufnahme. Daß der Zeitpunkt der Konfirmation auf die Vollendung der Volksschulpflicht gelegt wurde, gab ihr eine wichtige Stütze im Volksleben. In Württemberg wurde sie nach anfänglichen Bedenken, im Dezember 1722 zugleich mit der Veröffentlichung eines von Hofprediger Hemer entworfenen Konfirmationsbüchleins angeordnet und am oben erwähnten Tag unter großer Gemütsbewegung der Gemeinden erstmals gehalten. Das Konfirmationsbüchlein, eine ähere Ausführung des Brenz-Lutherischen Katechismus, erfuhr schon im Jahr 1730 eine wesentliche Umgestaltung, i. J. 1908 eine kindergemäße Vereinfachung. Wie tief sich Konfirmation und Firmung im Volk eingelebt haben, das bezeugt auch die Einführung der „Jugendweihe“ durch die Freidenker als Ersatz für die kirchliche Feiert.

### An unsere Leser!

Die Zeitungen haben, soweit es ihnen möglich war, als seinerzeit die Reichsregierung zur Herabsetzung des Dollarkurses entsprechende Schritte getan und im Zusammenhang damit Aufrufe zum Preisabbau erlassen hatte, ihre Dienste der auch von ihnen als notwendig anerkannten guten Sache bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Es kann nicht geleugnet werden, daß auf einzelnen Gebieten keine Anlässe zu einer Preisentfaltung zu verzeichnen sind. Leider aber ist ein merklicher Preisabschlag auf alle Waren, insbesondere im Kleinverlehr noch nicht bemerkbar. Somit kann man auch noch nicht von einer wesentlichen Einwirkung auf die Lebenshaltung sprechen. Es wird wohl noch sehr erheblicher und größerer Anstrengungen bedürfen, bis von einer sichtbaren Preisentfaltung gesprochen werden kann. Es ist begreiflich, daß bei der Verschiedenartigkeit der Interessen privatwirtschaftlicher Natur ein Ausgleich sehr schwer zu erreichen ist. Und doch muß er einmal erreicht werden. Im Augenblick steht aber die Sache so, daß die einem durchgreifenden Preisabbau entgegenwirkenden Faktoren noch bei weitem überwiegen. Und zwar ist dies in erster Linie der Fall seitens der Betriebe, die der Verwaltung des Reiches und auch der Gemeinden unterliegen. Mitten in die Markt-Unterstützungspolitik der Reichsregierung fiel die Verdoppelung der Frachtarife ab 15. Februar und die Verdoppelung der Post- und Eisenbahngelühren ab 1. März. Das gleiche gilt von den Kohlenpreisen und der Kohlensteuer. Auch die Höhe der Löhne und Gehälter, die im Februar eine Steigerung bis zu 130 Prozent erfuhrten und auch im März noch nicht gleich blieben, wirkt noch immer preissteigernd und kann solange nicht abgebaut werden, als die Lebensmittelpreise nicht eine beträchtliche Senkung erfahren.

Alle diese dem Preisabbau entgegenwirkenden Momente fallen in besonderem Maße für die Zeitungen ins Gewicht, da die Zeitungsverleger nicht wie andere Geschäftskreise bei eintretenden Preissteigerungen auch den Preis ihres Fabrikates, d. i. der Zeitungen, jeweils sofort in die Höhe setzen können. Sie müssen ja den Bezugspreis ihrer Zeitung wegen der Anmeldung bei der Post stets schon einen Monat vor Beginn des Monats, für den der Preis gilt, festsetzen. So mußten sie den Preis für den ganzen Monat April schon am 3. März bei der Post anmelden. Sie sind also mit ihren Preisen für eine Dauer von fast zwei Monaten jeweils schon im voraus festgelegt und können sonach mit der Wiedereinbringung der durch Preis-, Gehalts- und Lohnerhöhung in der Zwischenzeit für sie entstehenden Mehrausgaben im Vergleich u. den anderen Erwerbsständen immer mindestens einen Monat hinten nach, gar nicht davon zu reden, daß sie mit ihren Preisen überhaupt immer hinter der Marktlage zurückgeblieben sind. Für die Zeitungen kann also, falls keine weitere Steigerung des Preises für Papier, Farbe, Metall, Kohle, Gas, Elektrizität, Teie Waschmittel usw. erfolgt, und keine weitere Erhöhung der

Döhne und der für die ... unerträglichkeit gestiegenen Post- und Telephongebühren kommt, eine entsprechende Stabilisierung des Bezugspreises erst im Mai eintreten. Im April muß der Bezugspreis zum Ausgleich der noch nicht wieder eingeleiteten Mehrausgaben nochmals nicht unwesentlich erhöht werden. Diese Zwangslage empfinden die Zeitungen selbst am unangenehmsten, da sie ja, wie schon erwähnt, stets energisch für einen Rückgang der Preise eingetreten sind und in ihrem eigenen Interesse lieber zu einem niedrigeren als zu einem höheren Abonnementspreis greifen würden.

Wir bitten die Zeitungsleser, den Widerspruch, der in dem Verhalten der Zeitungen zu liegen scheint, sich aus den vorstehenden Darlegungen zu erklären und ihrer Zeitung trotz des erhöhten Bezugspreises nach wie vor die Treue zu halten.

## Aus der Heimat.

Wildbad, 3. April 1923

Der Frachtkundenstempel wird vom 1. April 1923 an nicht mehr erhoben. Von diesem Tag an entfällt daher die Pflicht des Abenders, auf den Frachtbriefen zu Stützunterschriften und auf den Paketkarten zu Expresse Frachtkundenstempelmarken aufzukleben. Wegen der Rücknahme von Stempelmarken und gestempelten Frachtkunden, die sich etwa im Besitz von Verkehrtreibenden befinden, erhalten die Dienststellen der Eisenbahn- und der Steuerverwaltung später noch Weisung.

**Fahrgelderstattung.** Bei Fahrgelderstattungsanträgen, denen von der deutschen Reichsbahn aus Billigkeitsgründen — also nicht auf Grund rechtlicher Verpflichtung — Entschädigung für den Schaden an den Frachtkunden, die sich etwa im Besitz von Verkehrtreibenden befinden, erhalten die Dienststellen der Eisenbahn- und der Steuerverwaltung später noch Weisung.

**Fahrgelderstattung.** Bei Fahrgelderstattungsanträgen, denen von der deutschen Reichsbahn aus Billigkeitsgründen — also nicht auf Grund rechtlicher Verpflichtung — Entschädigung für den Schaden an den Frachtkunden, die sich etwa im Besitz von Verkehrtreibenden befinden, erhalten die Dienststellen der Eisenbahn- und der Steuerverwaltung später noch Weisung.

**Erhöhung der Biersteuer.** Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichsfinanzminister in der nächsten Zeit den Entwurf eines neuen Biersteuergesetzes einbringen, der eine Anpassung dieser Steuer an die jeweiligen Bierpreise vorsieht. Die bisherige steuerliche Begünstigung der Zwergbetriebe und der Hausbrenner soll wegfallen. Der Ertrag der neuen Steuer für 1923 ist auf 30 Milliarden veranschlagt. Der Gesetzentwurf soll am 1. Mai in Kraft treten. Für den Fall der Annahme des Gesetzes durch die gesetzgebenden Körperschaften ist eine Anpassung der Besche über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Biersteuergemeinschaft vorgesehen.

**Das Keimen der Kartoffeln.** Im Frühjahr ist es oft ärgerlich, wenn die Kartoffeln zu Keimen beginnen. Um dies zu verhüten, wird folgendermaßen verfahren: Man nimmt Säcke, steckt einen in den anderen und füllt die Kartoffeln in den doppelten Sack. Vorher müssen sie natürlich gut sortiert und alle beschädigten und angefaulenen Kartoffeln entfernt werden. Die Säcke werden fest zugebunden. Die Kartoffeln halten sich schon durch den hierdurch bewirkten Luftabschluss. Die gefüllten Säcke dürfen aber nicht direkt auf dem Steinpflaster oder Boden liegen.

**Neuenbürg, 30. März.** Der in den 20er Jahren stehende Julius Klausner hat am Gründonnerstagabend seinen Vater, Jahntechniker Julius Klausner, erschossen. Die grauenhafte Tat dürfte einerseits auf ein gestörtes Familienleben zurückzuführen sein, woran den Vater nicht der geringste Teil der Schuld trifft, andererseits spielen Testamentsbestimmungen der vor einigen Wochen verstorbenen Frau des Erschossenen herein, bei deren Abänderung am Sterbelager der Verstorbenen ihr Gatte eine keineswegs einwandfreie Rolle gespielt haben soll. Die Kinder fochten das abgeänderte Testament an, und seit dieser Zeit war in der Familie Streit und Zwietracht an der Tagesordnung. Der Vater ging sogar so weit, daß er seinen leiblichen Kindern das Haus verbot und Ausdrücke gebrauchte, die Drohungen gegen deren Leben enthielten. Am Gründonnerstag versuchte der Vater an amtlichen Stellen die Entfernung seines Sohnes aus dem Hause durchzusetzen, wozu ein rechtlicher Grund nicht vorlag. Als er abends heimkam, traf er seinen Sohn in der Küche, bedachte ihn mit nicht angenehmen Schimpfnamen und verwies ihm das Haus, worauf der Sohn erwiderte, daß er das gleiche Recht im Hause habe wie sein Vater. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung griff der Vater nach einem Weistiel, schlug nach seinem Sohn und streifte ihn am Arme, worauf dieser nach dem Zimmer entweichen wollte. Der Vater verfolgte ihn, und als der Vater das Zimmer betrat, drehte sich der Sohn um und gab in der Aufregung mehrere Schüsse aus seiner Mehrladepistole auf den Vater ab. Es waren, wie sich später bei der ärztlichen Untersuchung herausstellte, 3 Schüsse, von denen einer in die linke untere Herzgegend, einer in die Schulter und einer in den Kopf traf. Dieser letztere Schuß scheint den Tod herbeigeführt zu haben. Die Landjägersmannschaft war rasch zur Stelle. Es gelang ihr, den Täter, welcher sich in dem Arbeitszimmer eingeschlossen hatte, nach erfolgter Aufforderung festzunehmen. Er gestand ohne weiteres die Tat ein und gab als Grund Aufregung und Notwehr an. Die Leiche des Getöteten wurde, nachdem eine Gerichtscommission den Tatbestand festgestellt hatte, am Abend noch in das Bezirkskrankenhaus verbracht. Durch den entsetzlichen Vorfall sind 5 Kinder — die Mutter starb, wie bemerkt, erst vor einigen Wochen — zu Waisen geworden. Der jüngste Sohn wird nächsten Sonntag konfirmiert, er wird die Eltern an diesem Tage besonders schmerzlich vermissen. (Enztaler.)

## Letzte Nachrichten.

### Die Essener Muttat.

Paris, 2. April. Die Pariser bürgerlichen Blätter sind in der Besprechung des Vorfalles völlig einig. Für sie handelt es sich bei diesem Anlamtenstoß vor der

Truppischen Garage nicht nur um einen von der Fabrikdirektion heraufbeschworenen Angriff (!) der Arbeiter und Angehörigen auf die französischen Truppen, sondern es soll nach dieser Darstellung auch bewiesen sein, daß dem Angriff besondere Vorbereitungen der Fabrikarbeiter durch Flugblätter und durch die Einreichung entlassener Schupocantier in die Arbeiterschaft vorangegangen sei. Die meisten Blätter klagen der deutschen Regierung (!) die Hauptschuld an dem Zusammenstoß ab. Von Berlin seien die Weisungen gegeben worden, die zu diesem Zusammenstoß führten. (!) Deutschland brauche solche Zwischenfälle, die die ganze öffentliche Meinung erregen und die nach der Hoffnung einzelner Deutscher dazu angetan seien, die Intervention des Auslands herbeizuführen.

### Ausweisung früherer deutscher Offiziere.

Wiesbaden, 1. April. Die Franzosen weisen nun rücksichtslos eine große Zahl früherer deutscher Offiziere aus, ohne daß diese sich in den letzten Tagen irgendwie politisch betätigt hätten. So wurden z. B. Generalleutnant a. D. de Graff, Oberstleutnant a. D. Werner, General a. D. Kossak, Major a. D. Göding und General von Nudra früh morgens aus den Betten geholt und über die Grenze geschafft. Jemand ein Grund war in den Ausweisungsbefehlen nicht angegeben; es handelt sich dem Augenschein nach um Blancovolmachten der Rheinlandkommission. Daraus ergibt sich deutlich die Planmäßigkeit des Vorgehens. Dazu scheint sich noch eine absichtliche Unmenschlichkeit zu gesellen. Denn anders ist es nicht zu erklären, daß auch die Frauen der völlig grundlos Ausgewiesenen, so z. B. die 62jährige kränkliche Gattin des Generals de Graff, die von Geburt Amerikanerin ist, vertrieben werden.

### Ein deutscher Invalide erschossen.

Recklinghausen, 1. April. In Recklinghausen-Süd wurde der 22jährige Invalide Hieruch von den Franzosen aus bisher unbekanntem Gründen erschossen.

### Die Massenausweisungen.

Paris, 1. April. Nach einer Habasmeldung hat die Interalliierte Rheinlandkommission vom 22. bis 26. März insgesamt 487 neue Beamtenausweisungen verfügt.

## Allerlei

**Die goldene Feldflasche des Kaisers.** Beträchtliches Aufsehen erregte es, als im Juni v. J. bei einem Kaufmann F. in Berlin die Kriminalpolizei eine goldene Feldflasche mit den Initialen des Kaisers fand. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Kaiser bei einem Juwelier 100 derartige Flaschen bestellt hatte, die vermutlich zu Widmungen dienen sollten. Die Flaschen wurden jedoch nicht abverlangt und endlich von dem Juwelier in den Handel gebracht. Verschiedene Bekannte des Kaisers erwarben sie. F. kaufte die eine Feldflasche ganz rechtmäßig von einem Major. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt.

**Der verbotene Parsifal.** Der Kultusminister Gladischewski in Mecklenburg verbot die Aufführung des „Parsifal“ am Karfreitag in Staatstheater in Schwerin und die Aufführung von „Tristan“ am Gründonnerstag sowie ein Osterpiel am Sonntag, dagegen wurden zwei Operetten am Dienstag und Mittwoch nicht beanstandet.

**Hilfe aus Amerika.** Dem Deutschen Roten Kreuz sind durch die Newyorker Staatszeitung aus einem Vermächtnis des Herrn C. Otto Beyer etwa zwölf Millionen Mark überwiesen worden. Entsprechend den Testamentsbestimmungen wird der Betrag für die notleidenden Kinder des Erzgebirges Verwendung finden.

**Spende aus Amerika.** Der frühere Münchener Kapellmeister Bruno Walter hat als Anteil an dem Ertrag einer Konzertreise in Amerika dem Roten Kreuz-Krankenhaus in München 7 Millionen und dem Kinderheim Ebenhausen im Viertel 4 Millionen Mark überwiesen.

**Eine Max-Engel-Schule in Berlin.** Der Magistrat der Stadt Berlin hat beschlossen, der Städtischen Maschinenbauschule am Fehrlinplatz, im Gebäude der Beuth-Schule, den Namen „Max-Engel-Schule“ beizulegen zur Erinnerung an Max Engel, den hervorragenden Ingenieur, Dichter und Schriftsteller. Max Engel hat auch für lange Zeit in Berlin gelebt, unermüdet wirkend für eine gerade für die Großstädte bedeutungsvolle, enge Verbindung der Landwirtschaft mit dem Maschinenbau.

**Fünf Milliarden jährlich erspart.** Die Stadt Dresden setzte vor einiger Zeit zwei Ausschüsse ein, die untersuchen sollten, wie die Stadt durch vereinfachte Verwaltung Ersparnisse machen könnte. Die Ausschüsse haben nun ihre Berichte abgegeben, aus denen sich ergibt, daß rund 1500 Beamte, Angestellte und Arbeiter völlig entbehrlich sind, wodurch die Stadtkasse eine Minderausgabe von annähernd 5 Milliarden Mk. jährlich oder 16,6 Prozent des gesamten Besoldungsbedarfs haben wird.

**Die „feldgraue Else“.** Auf einem Bauernhofe im Kreise Ost-Sternberg diente eine Magd Else Weber. Am Freitag verschwand sie plötzlich und mit ihr des Bauern goldene Uhr und eine Million Papiermark, sorglich in alte Zeitungen eingewickelt. Ihre eigenen Sachen hatte sie zurückgelassen, dafür aber einen selbigen Mann anzog und hat angezogen, in dem sie unerkannt entkam, um nach Berlin zu fahren. Hier postete die benachrichtigte Polizei am Schlessischen Bahnhof auf, und als der frische, rotbackige „Junge“ dem Zuge teufelstief, wurde er verhaftet.

**70 Millionen gestohlen.** Bei der Industrie- und Handels-Aktien-Gesellschaft (Internationale Arbeiterhilfe) in Berlin verschwand, während die Kassierin einige Augenblicke das Zimmer verließ, eine kleine Kasse mit Dollar- und englischen Pfundnoten im Betrag von 70 Millionen Mark, obgleich sich noch mehrere Personen in dem Zimmer befanden.

**Ueber 100 Kinder bestohlen.** Die Berliner Polizei stellte eine Verbrecherin fest, die seit einiger Zeit über 100 Kinder unter Verprechungen in einen dunklen Hausflur lockte und ihnen dort Ohringe, Kleidungsstücke und deraergleichen abnahm. Die Beute soll weit über 4 Millionen Mark wert sein.

**Explosion.** In der chemischen Fabrik von Hoffmann-Laroché in Greinbach (Baden) platzte ein Kessel, wodurch zwei Abteilungen des Werks vollständig zerstört wurden. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

**Brand.** Im chemischen Institut der Universität Jena brach am Donnerstag früh ein gefährlicher Brand aus, der mehrere Explosionen hervorrief. Verschiedene Feuerwehreinheiten erlitten Verletzungen.

„In Prag gibt es keine deutsche Minderheit“, für die

sprachlichen Verhältnisse in Prag ist folgende Urteilsfällung bemerkenswert: Ein deutscher Anwalt klagte namens einer deutschen Partei in Prag, nachdem er vorher den Gegner zweimal fruchtlos gemahnt hatte. Der Beklagte zahlte darauf den streitigen Betrag, beantragte aber vor Gericht die Verurteilung des Klägers in die Kosten, da der Kläger unnötig prozessiert habe. Er hätte auf eine Mahnung in tschechischer Sprache sofort gezahlt, deutsche Mahnungen betrachtete er als nicht rechtswirksam. Der Richter verurteilte die deutsche Partei zur Tragung der gesamten Prozesskosten und weist in der Begründung darauf hin: Die in deutscher Sprache erfolgte Mahnung könne nicht als rechtswirksam angesehen werden, insbesondere, da es sich um Prag handle, wo es eine deutsche Minderheit überhaupt nicht gebe. Die Mahnung hätte der Schuldner ebensowenig verstehen müssen, wie die in einer beliebigen anderen Sprache ergangene.

**Der Erfinder der Logarithmentafel.** Die Erfindung der Logarithmentafel, die uns in der Schule zunächst so viel Kopfschmerzen und dann doch die Arbeit so leicht gemacht hat, ist bisher dem schottischen Lord Napier oder Neper zugeschrieben worden, der im Jahr 1614 in Edinburgh seine Logarithmentafel herausgegeben hat. Zwar hat Kepler schon behauptet, daß Jobst Bürgi, der damalige Mechaniker und Mathematiker am Hof des gelehrten Freundes der Wissenschaft, Landgrafen Wilhelm IV. in Kassel, die Logarithmentafel erfunden habe, aber in dem Gelehrtenstreit, der später darüber entstanden ist, hat man dem schottischen Lord den Vorrang und damit die Ehre zugesprochen, weil er seine Tafel bereits 1614, Bürgi die seine aber erst 1620 in Prag veröffentlichte. Bürgi, der auch unter dem Namen Byrgius und Joist Burgk bekannt ist, war trotz seiner Geschäftlichkeit und Wissenschaftlichkeit ein sehr bescheidener Mensch, der seine mathematischen Entdeckungen meist seinen Freunden zur Veröffentlichung überließ. Er war am 24. Februar 1552 in Viechtach im Kanton St. Gallen geboren und hatte als Uhrmacher gelernt. Der Ruf seiner Geschicklichkeit verbreitete sich schon früh, und mit 26 Jahren wurde er von dem Landgrafen von Hessen als Hofuhrmacher nach Kassel berufen. Dort hat er sich durch die Herstellung astronomischer Instrumente und auf dem Gebiet der mathematischen Wissenschaft große Verdienste erworben. Der Landgraf selbst nennt ihn in einem Brief an Tycho de Brahe „an Spürkraft einen zweiten Archimed“. Unter den astronomischen Wunderwerken, die er fertigte, war auch ein silberner Himmelsglobus, der durch einen kunstvollen Mechanismus die Bewegung der Gestirne versinnlichte. Der Landgraf schenkte dieses Werk dem Kaiser Rudolf II. Bürgi selbst mußte es überbringen. 1603 — der Landgraf war unterdessen gestorben — wurde Bürgi vom Kaiser als Kammeruhrmacher nach Prag berufen. Hier hat er bis 1622 gewirkt. Dann ist er nach Kassel zurückgekehrt, wo er achtzigjährig am 31. Januar 1632 verstarb. 1620 waren in Prag seine „Arithmetisch-geometrischen Progreß-Tabulen“, wie er seine Logarithmen nannte, mit einem „gründlichen Unterricht“ erschienen. Dieser im Titel versprochene „gründliche Unterricht“ war aber in keinem der auf uns gekommenen Bücher zu finden. Man hat ihn aber in einer Handschrift in Danzig aufgefunden. Nach der Angabe seines Schwagers und Schülers Benjamin Bramer hat er die Logarithmen bereits einige Jahre vor 1614 errechnet gehabt. Nun hat Dr. Breithaupt das vorhandene Material genau nachgeprüft und, wie er im Heftlichen Geschichtsverein mitteilte, die Beweise dafür gefunden, daß nicht der schottische Lord Napier, sondern der Deutschschweizer Jobst Bürgi der erste war, der die Logarithmentafeln erfand.

## Handelsnachrichten

Der Milchpreis beträgt in Hamburg vom 31. März an 912 Mk. das Liter, der Butterpreis 9000 Mk. für das Pfund.  
Der Goldankauf. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preise von 85 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück.  
883 Milliarden neuer Reichsbanknoten. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. März d. J. hat sich der Umlauf der Reichsbanknoten in dieser Woche um 883,1 Milliarden auf 4955,6 Milliarden Mark gehoben.

## Junges, fettes Rühfleisch

per Pfund Mk. 2000 — zu haben bei

R. Krauß, Metzgermstr., Wilhelmstr. 84.

Prima schöne

## Gaats- und Speisekartoffeln

per Zentner Mk. 5000. — sind zu haben bei

H. Wolf.

Sehr schöne Linsen, 900 Mk.

Schweineschmalz, 3880 Mk.

Bender, Feinkosthaus.

## Damengürtel

blau und schwarz, verloren gegangen. — Abzugeben geg. Belohnung in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

## Berkaufe

6—700 gebrauchte

Backsteine,

Schindeln,

3 Speiszauber,

Tragbahre usw.

Dfenseger Hammer.

Frische grüne

Seringe

eingetroffen

H. Blumenthal.

## Drei bedeutungsvolle Neuheiten

die einem dringenden Bedürfnis entsprechen, sind:

Brauns:

Citocol,

die kaltfärbende Stoffarben-

tablette in den modernsten

Farben.

Brauns:

Wilbraxif,

die kaltfärbende Blaufarbe

in den modernsten Farben.

Antipluvius,

macht alle Gewebe, auch un-

zerstrennte Kleidungsstücke

wasserdicht.

Medicinal-Drogerie

A. u. W. Schmit.